

Anlage 2 zur VO/0950/18-1-A:

Dokumentation der Fachgruppensitzung 19.12.2018 – Fachliche Einschätzung der Thematik und des Antrages von Bündnis 90/die Grünen vom 08.11.18 „Resolution – Modellprojekt Cannabis in Wuppertal“ Drucks. Nr. VO/0950/18 im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Psychosoziales und Behinderung. (Wortbeiträge)

Bearbeitung:

Claudia Hembach – Sozialamt

201.5 Sozialplanung, Beratung und Qualitätssicherung, Sucht- und Psychiatrieplanung

Im Vorfeld der Sitzung sind den Mitgliedern Informationen mit unterschiedlichen Sichtweisen zur Verfügung gestellt worden.

- Paritätisches Positionspapier Gesamtverband
[http://infothek.paritaet.org/pid/fachinfos.nsf/0/32c71078f8bb22b1c12580fe00403250/\\$FILE/Positionspapier_%20Cannabis.pdf](http://infothek.paritaet.org/pid/fachinfos.nsf/0/32c71078f8bb22b1c12580fe00403250/$FILE/Positionspapier_%20Cannabis.pdf)
- Paritätisches Positionspapier Kreisgruppe Wuppertal
- Positionspapier Elterninitiative für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik
- Informationen zur rechtlichen Situation, Argumente Pro und Kontra und Modellvorhaben anderer Kommunen durch die Sucht- und Psychiatrieplanung Stadt Wuppertal (siehe Vorlage)

Im Anschluss an eine Einführung in das Thema durch die Suchtplanung wurde eine Diskussion in der Fachgruppe geführt - dabei wurde zunächst eine Begriffsklärung durchgeführt:

Entkriminalisierung /Legalisierung – beide Begriffe werden verwendet sind aber keine Alternative – Entkriminalisierung ist ohne Legalisierung kaum möglich, bzw. nicht sinnvoll. Darin sind sich die Fachgruppenmitglieder überwiegend einig.

Im Folgenden werden die fachlichen Einschätzungen der anwesenden Mitglieder der Fachgruppe Sucht dokumentiert.

Dabei handelt es sich überwiegend um persönliche Einschätzungen der Fachkräfte; deshalb erfolgt keine namentliche Nennung, wohl aber eine Zuordnung zum beruflichen Handlungsfeld, aus dem diese Einschätzungen erwachsen.

1. Wörtliche Diskussionsbeiträge im Gesprächsverlauf allgemein zum Thema

- Herr Heimchen verweist auf die Stellungnahme der Eltern Initiative und liest vor.
„Legalisierung ohne Wenn und Aber! Und wir meinen auch Legalisierung, nicht Entkriminalisierung. Denn zwangsläufig würde eine Legalisierung aller Drogen ja die Konsumenten tatsächlich entkriminalisieren. Der Begriff Entkriminalisierung allein ist für uns nicht aussagekräftig genug, denn er überließe den Ländern wieder Entscheidungs- und Handlungsspielräume! Die Forderung nach Legalisierung bedeutet für unsere Gesellschaft letztendlich Kontrolle! Heute bestimmen Kriminelle nicht nur den Preis, sondern auch die Qualität, wer den Stoff verkauft, wohin der Gewinn fließt und an wen verkauft wird. Über die legalen Drogen (Alkohol, Tabletten, Kaffee, Nikotin) bestimmt der Staat bis ins kleinste Detail den Ablauf der Vermarktung. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass die Politik Verbrechern das Geschäft überlässt und diese ungeschoren bleiben, während die Konsumenten per Gesetz zu Kriminellen gemacht werden. Es wird höchste Zeit, diese Zustände zu

Anlage 2 zur VO/0950/18-1-A:

Dokumentation der Fachgruppensitzung 19.12.2018 – Fachliche Einschätzung der Thematik und des Antrages von Bündnis 90/die Grünen vom 08.11.18 „Resolution – Modellprojekt Cannabis in Wuppertal“ Drucks. Nr. VO/0950/18 im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Psychosoziales und Behinderung. (Wortbeiträge)

ändern. Die Kontrolle aller Drogen gehört in die Hände unseres Staates. Gleichwohl sind wir uns bewusst, dass es immer Menschen geben wird, die an einer Droge hängen bleiben und süchtig werden. Das ist keine private Angelegenheit, sondern wir sind als Gesellschaft gefordert, die Hintergründe und Dispositionen der Konsumenten zu betrachten, die zu exzessivem Konsum und/oder zur Sucht führen. Und genau dort ansetzen mit Hilfen.“

- Fachkraft aus der Suchtberatung: „Ich bin eher skeptisch, was die Cannabisfreigabe für uns bedeutet. Dies ist allerdings meine persönliche Meinung und repräsentiert nicht die meines Trägers. Die Erfahrungen aus den anderen Ländern können aus meiner Sicht nicht vorbehaltlos auf Deutschland übertragen werden. Ich habe insbesondere den Blick auf die Risikogruppe der Jugendlichen. Bei einem Einstiegsalter von 14 Jahren leidet bei regelmäßigem Konsum das Gedächtnis und Konzentrationsvermögen, auch das Auftreten von Entwicklungsstörungen ist möglich. Ich weiß nicht, ob der präventive Ansatz nach BtmG greift – wir sind noch im Mittelfeld, was den Anteil von Konsumenten betrifft. Mittlerweile sehe ich, dass durch die Legalisierung in Kanada und der öffentlichen Diskussion hier bei uns der Konsum zugenommen hat. Eine Entkriminalisierung sehe ich zwar positiv, doch ist es meines Erachtens ein Trugschluss zu glauben, dass durch eine staatliche Steuerung und einen veränderten Jugendschutz, unter 18jährige kein Cannabis mehr konsumieren. Das macht meine Ambivalenz aus.“
- Fachkraft aus der Justiz: „Ich komme aus der Justiz und das ist jetzt meine persönlich Meinung, die vorherrschende kenne ich nicht, aber Justiz ist wandelbar und Gesetze sind nicht in Stein gemeißelt. In Bezug auf Jugendliche bin auch ich zwiegespalten. Probiert und konsumiert wird eh. Natürlich wird es nicht legal werden für Jugendliche, das will ja niemand. (Zustimmung aus der Gruppe) Alkohol ist auch nicht legal zu bekommen für Jugendliche und wird trotzdem manchmal zu viel konsumiert, das wissen wir auch. Die Folgen für die Psyche, ja bei uns landen ja auch die Menschen, die sehr gebeutelt sind, sehr abhängig, davon gibt es ja auch immer welche. Zum strafrechtlichen Rahmen würde gerne etwas sagen. Es gibt auch Strafverfolgung gegenüber Menschen, die handeln, die ist nicht ohne. Als Beispiel: Ein junger Pole, der wahrscheinlich dachte, es sei legal und damit gehandelt hat. Er war nicht abhängig. Die Menge die ihm nachgewiesen werden konnte war gering, er hat 3 Jahre bekommen und die EU Freizügigkeit soll ihm jetzt entzogen werden. Es ist sicherlich zu beklagen, dass die Dealer darüber nicht gefasst werden, wobei, die italienische Maffia ist gerade ausgeräuchert worden, da klappt das dann doch. Und jetzt frage ich mich halt, wenn Menschen jetzt wirklich sehr abhängig davon sind, wie sollen sie sich dann verändern? Veränderung hat nicht nur etwas mit intrinsischer¹ Motivation zu tun, das kenne ich von mir selbst. Wenn die Veränderung von außen mit starkem Druck stattfinden muss, dann besteht eine gewisse Chance, dem Veränderungsdruck nachzugeben. Ich halte das nicht nur für negativ, deshalb geht es mir auch so wie Ihnen. Ich weiß es nicht.“

¹ Von innen her, aus eigenem Antrieb

Anlage 2 zur VO/0950/18-1-A:

Dokumentation der Fachgruppensitzung 19.12.2018 – Fachliche Einschätzung der Thematik und des Antrages von Bündnis 90/die Grünen vom 08.11.18 „Resolution – Modellprojekt Cannabis in Wuppertal“ Drucks. Nr. VO/0950/18 im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Psychosoziales und Behinderung. (Wortbeiträge)

- **Fachkraft aus der Suchtberatung:** „Ich stelle diesen starken Druck, der dem Gesetz zugesprochen wird, deutlich in Frage. Also das ist für mich das, was die Realität und die Praxis belegt. Wir haben die Prohibition beziehungsweise die Kriminalisierung. Wenn ich den Stoff Cannabis erwerben will, wenn ich ihn im Besitz habe, dann habe ich eine kriminelle Handlung begangen, faktisch ist es so. Den einen oder anderen wird es davon abhalten, das glaube ich schon, da haben sie recht, aber grundsätzlich kann ich diesen Wunsch des Menschen, der erst mal die Intention hat: ich will einen Stoff zu mir nehmen, nicht kriminalisieren. Ich kann das einfach nicht nachvollziehen und das geht mir bei allen Stoffen so. Das heißt aber nicht, dass ich für mich eine Legalisierung ausspreche. Das wäre ja dann an der Stelle nicht mehr, als den Menschen und sein Verhalten zu kriminalisieren, per se und automatisch durch eine Gesetzgebung. Eine Legalisierung dieses Verhaltens heißt das für mich jetzt nicht. Für mich ist das die Freigabe, aber es impliziert Bedingungen, also es ist keine bedingungslose Freigabe und das ist für mich ganz wichtig. Es hängt auf jeden Fall zusammen und das, was stichpunktartig im Positionspapier der Kreisgruppe des Paritätischen genannt wird, da kann ich mich sehr gut anschließen und möchte hier noch einmal postulieren, dass die Fragen des Jugendschutzes ganz wichtig sind und zu klären sind, bevor irgendwas verändert wird. Dass ein ganz wesentlicher Faktor die Qualitätskontrolle ist, Kontrolle, die es möglich macht. Wenn ich mit einem legalisierten Stoff umgehe, dann kann ich auch kontrollieren, was ist denn da drin, wie wirkt das denn und welchen Wirkungsgrad hat das? Ich überlasse es nicht mehr dem Schwarzmarkt, dem Dunkelfeld sozusagen und dann ist es ein Überraschungspaket, was dabei rauskommt. Das ist viel zu riskant, das möchte ich auf keinen Fall. Dann habe ich keine kriminellen Handelsstrukturen mehr und keine organisierte Kriminalität die dahinter steckt, denn ich habe es ja legalisiert. Ich kann den Schwarzmarkt nicht gänzlich austrocknen aber wir haben auch illegal beschaffte Zigarettenstangen und Waren, wir haben illegal beschaffte Alkoholwaren. Ich glaube aber, dass wir Kapazitäten bei den Verfolgungsbehörden schaffen würden, wenn die nicht den ganzen Cannabiskonsumenten im strafrechtlichen Sinne hinterherlaufen müssten, sondern die könnten sich dann, so meine Hoffnung, entlastend um die großen Fische kümmern. Also mir geht es darum, dass wirklich auf den Prüfstand zu stellen. Für mich ist das ganz wichtig, dass die aus der Illegalität herausgeholt werden. Einen Mensch der das tut, den kann ich nicht durch die Androhung von Strafverfolgung davon abhalten.“
- **Fachkraft aus dem Bereich Wohnen:** „Ja auch ich bin da sehr ambivalent. Wenn ich unsere Klienten in den Wohnheimen sehe, dann denke ich „Oh Gott, bloß nicht freigeben“, da brechen Dämme und da habe ich ganz dunkle Phantasien. Auf der anderen Seite ist das natürlich nur ein ganz kleiner Prozentsatz der Menschen die Cannabis konsumieren. Man muss auch sehen, dass die allermeisten, die Cannabis konsumieren, damit ganz gut umgehen können. Nur die, die wirklich hängen bleiben und psychische Folgen davon tragen, da ist mein Arbeitsgebiet, deshalb habe ich darauf den Fokus, aber insgesamt bevölkerungstechnisch ist das nicht so ein großer Anteil, aber dennoch, die liegen mir am Herzen. Ein Punkt der schon angesprochen wurde: dass die Justiz damit beschäftigt wird, da denke ich auch „meine Güte, die armen kleinen Kräuter werden da verknackt“ und die müssen ja verfolgt werden, und

Anlage 2 zur VO/0950/18-1-A:

Dokumentation der Fachgruppensitzung 19.12.2018 – Fachliche Einschätzung der Thematik und des Antrages von Bündnis 90/die Grünen vom 08.11.18 „Resolution – Modellprojekt Cannabis in Wuppertal“ Drucks. Nr. VO/0950/18 im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Psychosoziales und Behinderung. (Wortbeiträge)

damit wird viel Energie gebunden. Für andere Straftaten sind Kapazitäten gebunden, da denke ich auch, die Erwachsenen, die sich da berauschen, sollen die doch.

(Einwurf: Die werden nicht verknackt, sondern verknackt werden die, die „drauf“ sind, die jungen Leute)

Im Papier des Paritätischen geht es ja auch um Präventionsarbeit. Ich habe bei meiner Präventionsarbeit festgestellt, es gibt ja genug – ich habe ganz viel Präventionsarbeit zum Thema Cannabis gemacht, nur die Schulen wollen das oft nicht, weil die Schulen einen guten Ruf haben möchten. Ein schlechter Ruf mit Blick auf Konsum heißt, dass Eltern ihre Kinder nicht anmelden. Es gibt einige Schulen, da wird Cannabisprävention rauf und runter gemacht.“

- Selbsthilfe: „Ich habe ein großes Problem mit dem Wort Legalisierung, das sagt mir einfach nicht genug aus und per se kommt dann „Legalisierung, aber, das, das und das geht nicht“, das ist schon bei Alkohol so, auf öffentlichen Plätzen nicht, in Betrieben nicht, bei der Arbeit nicht. Das ist schon so und das wird dann von Gesetzgeber wieder eingeordnet, wer darf „wo, wann, wie“. Legalisierung heißt doch nicht frei und jetzt darf ich alles. Also von Grundrechten als Mensch habe ich ein Recht auf Rausch (Widerspruch: nein, das hast du eben nicht! Unruhe im Raum) Ich habe nichts dagegen, wenn es unter staatlicher Kontrolle verfügbar wäre, das ist meine persönlich Meinung, wobei mir die Umstände überhaupt nicht klar sind. Wenn man die Entwicklung in Kanada verfolgt - da werden in der Zwischenzeit Milliarden verdient, da geht es auch ums Geld. Eine letztendliche Aussage dazu kann ich aber noch nicht treffen.“
- Selbsthilfe: „Also, das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass es ein Recht auf Rausch nicht gibt, ich kann mich aber auf das Grundgesetz beziehen, dann haben die das Recht, aber offiziell ist das abgelehnt worden. Ich stelle die Behauptung auf, dass Alkohol die härteste Droge ist die es auf dem Markt gibt.“
- Selbsthilfe: „Alkohol ist kein Suchtmittel. Millionen Menschen können ihn problemlos konsumieren, der einzelne Mensch macht ihn zu seinem Suchtmittel.“
- Selbsthilfe: „Ich möchte Schadensminimierung machen, Legalisierung ist eine Form von Schadensminimierung. Was die Jugendlichen angeht, brauchen wir keine Studien um zu wissen, dass das schädlich ist, das sagt uns der gesunde Menschenverstand. Egal welche Stoffe, für junge Menschen ist es schädlich, auch zu viel Fett und Alkohol. Da brauche ich keine Studie. Wenn die Politik will, dass wir etwas sagen, muss sie auch damit leben, dass wir eine andere Meinung haben, als die Politiker.“
- Fachkraft aus dem medizinischen Versorgungssystem: „Ich spreche hier als freier Mensch, wer hat hier schon mal gekiff, bestimmt die Hälfte (Nicken), vor 30 – 40 Jahren. Alle haben wahrscheinlich einen Rausch gehabt, davon gehen wir jetzt mal aus. Ich habe einmal einen Rausch gehabt mit psychotischer Episode und bin dann Auto gefahren. Es gab keine Chance, das zu verhindern. Was da hätte passieren können möchte ich mir nicht ausmalen. Wir stellen uns mal vor, wir haben heute den

Anlage 2 zur VO/0950/18-1-A:

Dokumentation der Fachgruppensitzung 19.12.2018 – Fachliche Einschätzung der Thematik und des Antrages von Bündnis 90/die Grünen vom 08.11.18 „Resolution – Modellprojekt Cannabis in Wuppertal“ Drucks. Nr. VO/0950/18 im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Psychosoziales und Behinderung. (Wortbeiträge)

10 fachen THC Gehalt. Wer hält die jungen Menschen davor zurück, ins Auto zu steigen? Es ist anders als bei Alkohol. Unter Alkohol kann man sich noch lange steuern. Der Alkoholiker kann sich steuern und entscheiden, nicht Auto zu fahren. Das kann der in einer psychotischen Episode nicht mehr. In der Schweiz hat jemand THC mit 1% gezüchtet. Davon gibt es keinen Rausch, man wird höchstens demotiviert. Das können wir nicht vergleichen mit dem, was wir hier auf dem Markt haben. Und da, wo es frei ist, wie in Kanada, da wird richtig Geld damit gemacht. Das finde ich schlimm. Wesentlich mehr Geld als mit Alkohol oder Zigaretten, (Einwurf: auch in den USA) Das kann man nicht mehr vergleichen. Also, selbst die Niederlande haben Cannabis nicht freigegeben. Die Frage ist, wovon reden wir, Cannabis und Cannabis, das ist ein Riesenunterschied. Was sind die Rahmenbedingungen? Da ist so viel ungeklärt. Aus rein rechtlicher Sicht gibt es überhaupt keine Möglichkeiten einzuschreiten. Der Bundesgesetzgeber ist der Erste, der entscheiden muss, ob so ein Antrag überhaupt angenommen wird. Ohne den Bundesgesetzgeber können wir überhaupt nichts machen.“

- **Fachkraft aus der Suchtberatung:** „Aus meiner Sicht ist der Riesenunterschied bei legal und illegal die Stigmatisierung. Es ist ja schon schlimm genug, suchtkrank zu sein aber im illegalen Bereich kommt die Stigmatisierung und Kriminalisierung noch dazu. Wir haben im letzten Jahr mit Betroffenen darüber gesprochen und spannend war, dass ähnliche Ambivalenzen auch bei den Betroffenen da sind und es nicht wirklich eine Meinung dazu gab.“
- **Fachkraft aus dem Bereich Wohnen:** „Kontrollverlust, wie gehen wir in der Gesellschaft damit um. Wir haben alle Angst vor Kontrollverlust und die Frage ist, bekommen wir es so hin, dass wir die Kontrolle behalten. Können wir das steuern, sonst sind wir raus. Die Sorge beschäftigt mich. Sind wir in der Lage, das Ganze so zu begleiten, dass es nicht aus dem Ruder läuft? Wir erleben das ja auch bei legalen Suchtmitteln. Auch da gibt es das Thema Kontrollverlust mit dem wir täglich konfrontiert sind. Wenn Cannabis legal wäre, wäre es schwieriger, die Menschen überhaupt noch zu erreichen. Das ist ein Problem. Es gibt die Angst, ein Fass aufzumachen, das dann außer Kontrolle gerät. Das ist ein gesellschaftliches Problem.“

2. Mit Blick auf den Antrag von Bündnis 90/die Grünen erfolgen folgende Rückmeldungen:

- **Fachkraft aus der Justiz:** „Ein bisschen Mut gehört auf jeden Fall dazu, wenn man evaluierte Erfahrungen sammeln möchte. Wir haben auf dem Fachtag ja gehört: In den USA wurde evaluiert und die Konsummenge der Jugendlichen ist nicht gestiegen, gestiegen ist die Konsumrate der älteren Menschen die früher mal gekifft haben und zwischendurch nicht konsumiert haben, weil sie Angst vor Kriminalisierung hatten. Tatsächlich ist die Zahl der Verkehrsunfälle unter Cannabiskonsum gestiegen. Wenn man das auch handfest haben will für unsere

Anlage 2 zur VO/0950/18-1-A:

Dokumentation der Fachgruppensitzung 19.12.2018 – Fachliche Einschätzung der Thematik und des Antrages von Bündnis 90/die Grünen vom 08.11.18 „Resolution – Modellprojekt Cannabis in Wuppertal“ Drucks. Nr. VO/0950/18 im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Psychosoziales und Behinderung. (Wortbeiträge)

deutsche Nation müsste man das ausprobieren. Es wird begleitet und evaluiert, dann sieht man nach 2 Jahren vielleicht klarer. Auf der anderen Seite habe ich ein bisschen Sorge, da ist es wieder so schizophran, dass wir dann einen „Run“ haben auf diese Stadt, so wie in Holland und alle kommen hier hin und wollen das Zeug kaufen. Das finde ich auch schwierig. Eigentlich müsste man sich darauf einigen, dass es mehrere Städte gleichzeitig machen.“

- **Fachkraft aus der Suchtberatung:** „Ich fände Mut gut für Wuppertal, aber in die Richtung, dass Wuppertal sich gegenüber der Politik positioniert, dass auf Bundesebene was getan wird. Ich glaube, dass es gut ist, wenn der Bundestag sich noch einmal mit dem Thema der Drogenpolitik in Deutschland auseinandersetzt. Mein Vorschlag wäre, dass Wuppertal sich positioniert und deutlich macht, dass der Bundestag sich damit beschäftigen muss.“
- **Fachkraft aus der Suchtberatung:** „Das Thema Modellregion in der jetzigen Situation, auch mit Blick auf die anderen Städte, wo sich auf Bundesebene noch nichts getan hat (Einwurf: „Perlen vor die Säue“ – Zustimmung). Gemeint ist genau das, was ich auch sagen wollte, das ist eine Art von Ressourcenverschwendung. Ich kann die Grünen gut verstehen und bin ihnen auch dankbar dafür, denn von der Intention her stimme ich dem völlig zu, aber es muss überprüft werden, es soll überprüft werden, andere Modelle zu entwickeln oder Regelungen zu finden, die denjenigen, der sein Recht auf Rausch versucht zu finden, nicht per se kriminalisiert. Das ist nach wie vor mein größter Wunsch, egal über welchen Stoff wir reden. Um aber überhaupt eine Modellregion ernsthaft umsetzen zu können, müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen gegeben sein und die schafft im Moment das Betäubungsmittelgesetz auf Bundesebene. Von daher ist es für mich unlogisch jetzt auf lokaler Ebene was zu entscheiden, was viel Aufwand, viel Energie und viel Geld kostet, wenn ich nicht weiß, dass es umgesetzt werden kann. Ich kann mir auch Modellprojekte vorstellen, aber wenn der Bund in 5 Jahren immer noch nicht weiter ist, kann ich das vergessen, denn es wird ja nie umgesetzt. Wir haben ähnliche Erfahrungen mit der Heroin-Studie gemacht, die über viele Jahre auch wissenschaftlich begleitet und vom Bund finanziert wurde. Ergebnisse waren in der Fachwelt eindeutig, aber es hat noch viele Jahre gedauert bis der Bund in komplizierten Prozessen die rechtlichen Rahmenbedingungen sehr hochschwellig geschaffen hat, so dass es nur ganz wenig Umsetzung gegeben hat. 10 Jahre lagen dazwischen. Das zeigt für mich, wie schwierig es ist. Ich bin gegen ein Modellprojekt, ich bin aber dafür, dass sich Wuppertal mit anderen Städten dafür eingesetzt, dass sich auf Bundesebene etwas tut.“
- **Fachkraft aus der Suchtberatung:** „Juristisch müssen die Rahmenbedingung für Modellprojekte auf Bundesebene geschaffen werden. Da muss es dann um strenge Auflagen im Jugendschutz, der Verfügbarkeit und Anderes gehen. In Deutschland wäre es ganz anders, wenn ähnlich wie in Kanada private Investoren ein Interesse hätten und Lobbyarbeit betreiben würden.“

Anlage 2 zur VO/0950/18-1-A:

Dokumentation der Fachgruppensitzung 19.12.2018 – Fachliche Einschätzung der Thematik und des Antrages von Bündnis 90/die Grünen vom 08.11.18 „Resolution – Modellprojekt Cannabis in Wuppertal“ Drucks. Nr. VO/0950/18 im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Psychosoziales und Behinderung. (Wortbeiträge)

Ein Modellprojekt würde nur Sinn machen, wenn es wirklich was anstößt, aber so eine vereinzelt Geschichte würde sehr viele Ressourcen verbrauchen und es würde wieder ein Drahtseilakt. Ein vereinzelt Modellprojekt trifft nicht den Kern.“

- Selbsthilfe: „Als Befürworter der Legalisierung bin ich gegen den Versuch Modellregion zu werden. Der Versuch kostet Millionen Euro und dann kommt doch nichts raus. Das dauert dann 2-3 Jahre und dann noch mal 4 Jahre Auswertung. So lange will ich nicht warten mit der Legalisierung.“

3. Im Anschluss ein abgestimmtes einvernehmliches Fazit der Fachgruppenmitglieder:

1. Mit Blick auf die Erfahrungen anderer Städte und den erforderlichen Einsatz von Ressourcen (personell und finanziell) ist der Versuch, eine Modellregion in Wuppertal zum jetzigen Zeitpunkt zu schaffen, nicht sinnvoll. Solange sich auf der Bundesebene bzgl. der Rechtslage nichts ändert, ist die Planung einer Modellregion auf lokaler Ebene nicht erfolgversprechend.
2. Die Wuppertaler Politik soll sich, gemeinsam mit anderen Städten, dafür einsetzen, die Bundesebene aufzufordern, sich erneut mit dem Thema Drogenpolitik zu befassen und zu prüfen, ob rechtliche Veränderungen möglich sind.

Eine Abstimmung zur Frage „Legalisierung Pro oder Kontra“ wurde aufgrund der vielen Unentschlossenen nicht umgesetzt. Viele bleiben in der Ambivalenz stecken, vieles ist sehr unklar.